

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIX/29 (nicht 28)

Bonn, den 12. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Eine einseitige Stellungnahme

102

Von G. M. Nederhorst

Mitglied des Europäischen Parlaments

4

Zonenverbrechen bleiben nicht unbeachtet

47

Sie werden in Niedersachsen erfaßt

Von Erich Paykowski

5 - 6

Aktionsprogramm gegen die Apartheid

41

Internationale Arbeitsorganisation jetzt mit klarer Zielsetzung

Von Bruno Kuster, Genf

6

Der Vatikan und Prag

32

Weitgehende Einigung

Chefredakteur Günter Markscheffel

Eine einseitige Stellungnahme

Von G. M. Nederhorst
Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Rede, mit der der Vizepräsident der EWG-Kommission die Januar-Tagung des Europäischen Parlaments eingeleitet hat, erweckt nach wie vor Interesse. An und für sich ist es begrüßenswert, daß die EWG-Kommission im Bereich der Wirtschaftspolitik Farbe bekant und die Politik der sechs Regierungen einer kritischen Betrachtung unterzieht. Die EWG-Kommission bedarf, um diese Kritik zum Ausdruck zu bringen, nicht - wie unlängst von offizieller Seite geäußert - der Billigung der sechs Regierungen. Dies bedeutet aber, daß die Auffassungen, die die EWG-Kommission in bezug auf die in den sechs Ländern zu führende Politik vertritt, Gegenstand der Kritik sein können. Für die Sozialisten der sechs Länder, die den Nutzen dieses unabhängigen Auftretens der EWG-Kommission klar erkennen, besteht in diesem Jahr Anlaß, die Ansichten der EWG-Kommission, wie sie durch ihren Vizepräsidenten Robert Marjolin in der Januar-Tagung des Parlaments in Strassburg zum Ausdruck gebracht wurden, kritisch zu beleuchten.

Vizepräsident Marjolin zeichnete ein recht düsteres Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahre 1963 und den Aussichten für 1964. Augenscheinlich besteht kein Grund zur Beunruhigung. Die Produktionszahlen entwickeln sich günstig, und die Bruttolöhne sind erheblich gestiegen. Wenn aber, wie es der Fall ist, die Lohnerhöhungen zu einem wesentlichen Teil durch Preiserhöhungen aufgehoben werden und diese Preiserhöhungen erneut Lohnsteigerungen notwendig machen, geraten wir in die bekannte Inflationsspirale. Nach Ansicht der EWG-Kommission droht jetzt diese Gefahr. Wir müssen Herrn Marjolin zu seiner besorgniserweckenden Beurteilung dieser Lohn- und Preisentwicklung leider beipflichten. Daß die EWG-Kommission das Alarmsignal gegeben hat, halten wir für richtig. Die Frage ist aber, welche Mittel angewandt werden müssen, um diesen Prozeß steigender Löhne, steigender Preise, erneut steigender Löhne usw. usw. aufzuhalten.

Auseinanderstrebende Auffassungen

Und jetzt sind wir bei dem Punkt angelangt, wo die Auffassungen der EWG-Kommission und der sozialistischen Fraktion auseinanderzugehen drohen. Die EWG-Kommission hat für dies alles nur ein Heilmittel: Sie dringt in allen Ländern auf eine Beschränkung der Staatsausgaben. Man

muß sich jedoch klar machen, was es bedeutet, wenn man nur die Staatsausgaben beschränkt und die Ausgaben der Privatwirtschaft ungehindert steigen läßt. Den größten Posten der gesamten Staatsausgaben bilden die Verteidigungsausgaben. Bei unseren atlantischen Verpflichtungen ist es nicht wahrscheinlich, daß diese Ausgaben 1964 merklich verringert werden können. Bleiben die anderen großen Posten der Staatsausgaben: die Ausgaben für Unterrichtswesen, soziale Sicherheit und sozialen Wohnungsbau. Empfiehlt die EWG-Kommission, diese Ausgaben einzuschränken? Ist es nicht irrig, aus dem Auge zu verlieren, daß zwischen Privatinvestitionen und Staatsausgaben ein enger Zusammenhang besteht?

Wenn man den Privatinvestitionen freie Hand läßt und wenn in schnellem Tempo neue Fabriken und Unternehmen aufgebaut und bestehende Betriebe erweitert werden, entsteht eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften. Das heißt, es besteht ein größerer Wohnungsbedarf, um diese Arbeitskräfte unterzubringen. Kann man in einer derartigen Lage die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus einschränken?

Aber eine lebhaftere Tätigkeit im Privatsektor bedeutet auch intensiveren Strassenverkehr und Zunahme der Verkehrsmittel. Dies erfordert einen rascheren Strassenausbau, eine größere Anzahl von Telefonanschlüssen usw. Und wiederum erhebt sich die Frage, ob der Staat dann nein sagen kann.

Eine stetige Ausweitung der Privatindustrie erfordert daneben, daß die Ausbildung von geschultem und höher qualifiziertem Personal fortgesetzt wird. Der Staat kann deshalb seine Zuschüsse für das Unterrichtswesen nicht verringern, sondern muß sie sogar noch erhöhen.

Und so kann man fortfahren. Es ist illusorisch anzunehmen, daß man die Staatsausgaben senken kann, wenn man nichts tut, um das Tempo der Privatinvestitionen zu kontrollieren.

Gefahren für das wirtschaftliche Gleichgewicht

Was uns jedoch am meisten auffiel, ist, daß die EWG-Kommission nichts über die Gefahren sagt, die unser wirtschaftliches Gleichgewicht durch das zu schnelle Wachstum der Privatinvestitionen bedrohen. Warum wird in der Erklärung der EWG-Kommission mit keinem Wort auf die weiterbestehenden Steuererleichterungen eingegangen, die zu einer Erhöhung des Tempos der Privatinvestitionen anreizen?

Und warum, wenn man sich mit der inflationistischen Lohn- und Preisentwicklung befaßt, glaubt die EWG-Kommission lediglich auf die Gefahr hinweisen zu müssen, daß die Lohnentwicklung über den Produktivitätszu-

wachs hinausgeht, und warum wird mit keinem Wort auf die unbegründeten Preiserhöhungen eingegangen? Aus dem Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft geht hervor, daß allenthalben die Grundstückspreise enorm in die Höhe schnellen und die Bodenspekulation ungekannte Formen annimmt. In bezug auf Italien wird diese Erhöhung der Grundstückspreise sogar als "schwindelerregend" bezeichnet. Liegt hier nicht der Keim für das Entstehen einer Inflation? Höhere Bodenpreise, höhere Baukosten, höhere Mieten, höhere Löhne, wiederum höhere Preise usw. usw.

Ist es denn richtig, die Staatsausgaben zu beschränken und mit keinem Wort auch nur auf die großen Spekulationsgewinne und die Notwendigkeit hinzuweisen, entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen?

Und damit kommen wir zur Steuerpolitik. Wenn die Lage wirklich so ernst ist, wie die EWG-Kommission glaubt, und eine allgemeine Inflation nicht unvorstellbar ist, ist dann nicht der Augenblick gekommen, auch in der Steuerpolitik etwas zu unternehmen, wobei wir an die zeitweilige Erhöhung einiger direkter Steuern und an eine Besteuerung des Wertzuwachses bei Immobilien und anderen Vermögenswerten denken, wie sie auch in den Vereinigten Staaten schon jahrelang besteht, um auch den gestiegenen Ausgaben der höheren Einkommensgruppen entgegenzuwirken.

Odium der Einseitigkeit

Man wird dem europäischen Arbeiter nicht klarmachen können, daß er, wenn die Preise steigen, keinen höheren Lohn verlangen darf, während alle anderen sozialen Gruppen frei und ungehindert ihre Einkommen und Gewinne vermehren dürfen.

Es ist ein großer Fehler der EWG-Kommission, daß sie durch diese Stellungnahme das Odium der Einseitigkeit auf sich geladen hat. Da sie lediglich für eine Lohnkontrolle und eine Beschränkung der Staatsausgaben eintritt und mit keinem Wort die Notwendigkeit einer Preiskontrolle und einer den Verhältnissen angepassten Steuerpolitik erwähnt, erweckt sie den Anschein, die Wiederherstellung des Geldwertes auf Kosten der wirtschaftlich Schwächsten erreichen zu wollen.

Aus diesen Gründen sind die Sozialisten über diese einseitige Stellungnahme nicht erfreut und können sie nicht akzeptieren.

Zonenverbrechen bleiben nicht unbeachtet

Sie werden in Niedersachsen erfaßt

Von Erich Paykowski

Von der zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurden im vergangenen Jahr 1.201 neue Verfahren wegen Verdachts von Gewaltakten an der Zonengrenze und an der Berliner Mauer eingeleitet. Die von einem Staatsanwalt geleitete Erfassungsstelle wurde 1961 im niedersächsischen Salzgitter eingerichtet und hat seit dem insgesamt 2.545 Verfahren bearbeitet.

Seit dem 13. August 1961 haben die westdeutschen und Westberliner Strafverfolgungsbehörden ihre Ermittlungsarbeit im Rahmen dieser Erfassungsstelle vertieft. Diese Behörde im kleinen Amtsgericht Salzgitter-Bad, einem Stadtteil der über 100.000 Einwohner großen Stadt Salzgitter, ist erstaunlich gut informiert. Vergehen oder Verbrechen, die nicht nur mit Billigung, sondern auf Befehl des Ulbricht-Regimes begangen werden, sind detailliert aktenkundig gemacht.

Die Erfassungsstelle für begangene Zonenverbrechen unterliegt den gleichen juristischen Bestimmungen wie jede andere Strafverfolgungsbehörde in der Bundesrepublik. Sie verfügt weder über ein ausgedehntes Netz von Spitzeln und Spionen in der Zone, noch kann sie sich der polizeilichen Vorermittlungen bedienen. Ihre Ermittlungsarbeit ist mithin eine bedeutend schwierigere und auch problematischere - und doch gelingt es ihr immer wieder, an der Zonengrenze, an der Berliner Mauer oder in Mitteldeutschland begangenes Unrecht zu registrieren.

Oft ohne Aufforderung helfen Menschen aus der Bundesrepublik, Berlin und der Zone bei den Ermittlungen. Sie teilen freimütig mit, was sie glaubhaft von Verbrechen an der Grenze oder in Mitteldeutschland gehört oder selbst miterlebt haben. Geflüchtete Volkspolizisten stehen bereitwillig Rede und Antwort. Geflüchtete Soldaten der sowjetischen Volksarmee sind oft sogar dankbar dafür, vor einer amtlichen Stelle das vom Herzen reden zu können, was sie mitgemacht haben.

Die in Zahlen zu erfassende Bilanz der Erfassungsstelle sieht folgendermaßen aus:

- Durchschnittlich werden in einem Monat etwa 100 Fälle neu bearbeitet.
- Im Januar 1964 waren es wieder 90 Fälle, doch nicht jeder Verdacht bestätigt sich.
- Von 200 Verfahren, die z.B. im Jahre 1962 eingeleitet wurden, mußten 400 eingestellt werden, weil sich die Verdachtsmomente als nicht stichhaltig erwiesen.
- 1963 mußten 196 Fälle dieser Art eingestellt werden.

Durch ein rechtskräftiges Urteil wurde z.B. der "Fall Hanke" abgeschlossen. Dreißig weitere Fälle wurden zum Abschluß gebracht, nachdem den "Angeklagten" Befehlsnotstand oder Verbotssirrtum eingeräumt worden war. Von der Erfassungsstelle in Salzgitter wurde die Einstellung der eingeleiteten Verfahren verfügt.

Diese Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen ist keine "Propagandamaschinerie". Der leitende Staatsanwalt gibt höchstens zum Jahreswechsel einmal Auskunft über das Ergebnis der Ermittlungsarbeit. Er will ganz bewußt kein pseudopolitisches Instrument sein.

Aktionsprogramm gegen die Apartheid

Internationale Arbeitsorganisation jetzt mit klarer Zielsetzung
Von Bruno Kuster, Genf

Die schwere Krise, in welche die Internationale Arbeitsorganisation infolge der südafrikanischen Apartheid-Politik gestürzt wurde, scheint ihrer Entwirrung entgegenzugehen. Wie man sich erinnert, haben im letzten Sommer 31 afrikanische und fünf arabische Delegationen aus Protest gegen die Anwesenheit Südafrikas die Arbeitskonferenz verlassen. Nur wenig hat gefehlt, um ihren vollständigen Zusammenbruch herbeizuführen. Die so notwendige Zusammenarbeit mit dem schwarzen Afrika - die heutigen Wirren unterstreichen ihre Dringlichkeit noch - stand auf dem Spiel. Aber auf der anderen Seite hätte sich die Arbeitsorganisation selbst zerstört, wenn sie in Verletzung ihrer eigenen Satzung Südafrika ausgeschlossen hätte.

Der Ausweg

Ein vom Verwaltungsrat eingesetzter Ausschuss einigte sich auf Anträge, die der Gerechtigkeit und dem geschriebenen Recht Genüge tun. Zunächst stellt er fest, daß die Apartheid-Politik keine nur innere Angelegenheit Südafrikas ist, da die Regierung dieses Landes offen und ausdrücklich erklärt, sich nicht an die Verpflichtungen halten zu wollen, die sie durch den Beitritt zur Arbeitsorganisation feierlich übernommen hat. Dadurch ist die Apartheid zu einem internationalen Problem geworden. Durch zwei Satzungsänderungen möchte der Ausschuss die Konsequenzen aus dem Verhalten der südafrikanischen Regierung ziehen:

Erstens soll die Arbeitsorganisation in die Lage versetzt werden, einen Mitgliedstaat auszuschließen oder in seinen Rechten zu suspendieren, der von den Vereinten Nationen einer solchen Maßnahme unterworfen wird. Damit wird die Arbeitsorganisation befähigt, mit allfälligen Entwicklungen im Sicherheitsrat und in der Generalversammlung Schritt zu halten, aber sie weist das Ansinnen zurück, im Alleingang auf ein politisches Gebiet vorzupressen, das nicht zu ihrem Aufgabenkreis gehört.

Eine zweite Satzungsänderung sieht vor, daß die Arbeitskonferenz mit qualifizierter Mehrheit einen Mitgliedstaat von der Teilnahme an ihren Arbeiten - aber nicht aus der Organisation - ausschließen kann, der gemäß offizieller Feststellung der Vereinten Nationen zielbewußt eine Politik der Rassendiskriminierung betreibt.

Doch die Kommission gibt sich mit diesen juristischen Vorschlägen nicht zufrieden, sondern sie entwirft ein Programm zur Überwindung der Apartheid, soweit sie das Tätigkeitsgebiet der Arbeitsorganisation berührt.

Gleichheit der Chancen

Gestützt auf die Satzung der Organisation, durch die sich auch Südafrika seinerzeit mit der Unterschrift seines Ministerpräsidenten verpflichtet hat, "alle Menschen gleich welcher Rasse" in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und mit gleichen Chancen am materiellen Fortschritt teilnehmen zu lassen, empfiehlt die Kommission der südafrikanischen Regierung:

- 1) Die Gleichheit der Chancen und der Behandlung auf dem Gebiete der Beschäftigung anzustreben,
- 2) die Gesetze für nichtig zu erklären, die für die Verletzung der Arbeitsverträge strafrechtliche Sanktionen vorsehen, die Verwendung von Gefangenen für landwirtschaftliche und industrielle Arbeiten oder andere direkte oder indirekte Zwangsmaßnahmen vorsehen; alle Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und der Niederlassung sind aufzuheben,
- 3) die Bestimmungen aufzuheben, wonach den Nicht-Weißen die Ausübung gewisser Berufe verboten ist,
- 4) allen Lohnverdienern, gleich welcher Rasse, das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß und die Teilnahme an Kollektivverhandlungen zu gewährleisten.

Dieses Aktionsprogramm zeigt der südafrikanischen Regierung einen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie sich selbst hineinbegeben hat. Es stellt aber auch eine völlig sachliche Verurteilung der Apartheid dar, die jeden Zweifel über die wahre Natur dieser Politik ausschließt.

+ + +
Der Vatikan und Prag

sp - Viele Monate haben sich die in aller Heimlichkeit geführten Verhandlungen zwischen dem Vatikan und der kommunistischen Regierung in Prag hingezogen. Die Ergebnisse sind angesichts der Hintergründe des von den Kommunisten gegen die katholische Kirche geführten Kampfes geradezu sensationell. Der Prager Erzbischof Beran, 1949 seines Amtes enthoben, über ein Jahrzehnt lang ohne Gerichtsurteil inhaftiert, seit einem Jahr in einem Kloster in Südmähren lebend, hat die Erlaubnis bekommen, die Tschechoslowakei zu verlassen. Er wird in der Römischen Kurie ein Amt übernehmen. Sein Nachfolger auf dem Stuhl des Erzbischofs ist Weihbischof Matusek. Auch er wurde im Zuge der kommunistischen Verfolgungsaktionen seinerzeit amtsbehindert. Zuletzt wirkte er als einfacher Pfarrer in einer Prager Vorstadt.

Noch vor kurzem hatten die Vertreter der Prager Regierung darauf bestanden, die amtierenden und auf "Empfehlung" der Regierung gewählten Kapitelvikare zu Diözesanbischöfen zu ernennen - ein für die Kurie unannehmbares Verlangen. Die Forderung wurde schließlich fallengelassen, hätten doch bei ihrer Aufrechterhaltung die Verhandlungen abgebrochen werden müssen, dies aber wollte Prag nicht riskieren.

Die Wahl der kirchlichen Würdenträger bleibt damit Rom überlassen, und somit sind jene von den Kommunisten geförderten Priester kaltgestellt, die sich in kommunistischem Sinne als "Friedenspriester" betätigten. Die Prager Regierung hob ausserdem gewisse Beschränkungen für die Priester auf; ferner will sie gestatten, daß jährlich zehn Theologiestudenten ihr Studium aufnehmen oder fortsetzen können. Diese stattliche Liste von Konzessionen wäre nicht möglich gewesen ohne den Druck von unten, dem sich das Regime Novotny ausgesetzt sieht. Dieser Druck bewirkte den Widerruf der Slansky-Prozesse, die Rehabilitierung seiner überlebenden Opfer und die Kaltstellung einiger Stalinisten. Novotny freilich ausgenommen; er opferte frühere Mitarbeiter, um sich selbst an die Spitze zu stellen. Wie lange noch? Der katholische Volksteil, vor allem dominierend in der Slowakei, dürfte sich mit den gewährten Zugeständnissen nicht zufrieden geben, sie erweitern zwar seinen Spielraum, er bleibt aber immer noch staatlichen Pressionen ausgesetzt.